

Jura

Hildegard Bohne

Die Dhünnaue

Eine historische Darstellung der größten bekannten Altlast Europas

Studienarbeit

Die Dhünnaue

Eine historische Darstellung der größten bekannten Altlast Europas

Referat mit schriftlicher Ausarbeitung

im Kurs

Umweltrecht

an der



vorgelegt von

Hildegard Bohne

Sommersemester 2004

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	1
2	DATEN UND FAKTEN ZUR DEPONIE	1
2.1	AUSDEHNUNG	1
2.2	INHALTSSTOFFE.....	3
3	DIE HISTORIE DER DEPONIE / ALTLAST DHÜNNAU	5
4	KOSTENGEGENÜBERSTELLUNG	15
5	FAZIT	16

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Lageplan Dhünnaue und Zeitmarken der Befüllung.....	2
Abb. 2: Lageplan Deponie (blau) und untersuchtes Gebiet (orange)	3
Abb. 3: Schwermetalle in mg/kg (aus der Gefährdungsabschätzung, <i>Björnsen</i>)	4
Abb. 4: Chemicsee auf dem Deponie-Hauptkörper.....	7
Abb. 5: Lageplan des Untersuchungsgebiets Dhünnaue-Süd.....	11

1 Einleitung

Im Jahr 2005 wird in Leverkusen auf der Dhünnaue die Landesgartenschau ausgerichtet. Das Besondere hierbei ist, dass der Großteil des Geländes auf einer – mittlerweile „gesicherten“ - Altlast liegt.

In der schriftlichen Ausarbeitung gehe ich analog zu meinem Referat zunächst auf die Ausdehnung der Deponie ein, zeige einige Inhaltsstoffe auf, und stelle dann die Historie dar, soweit sie mir aus Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln bzw. andere Quellen erschließbar war. Die Stadt Leverkusen selbst zeigte sich hierbei relativ unkooperativ.

Abschließend stelle ich noch die Kosten gegenüber, die angefallen sind, sowie die Kosten, die bei alternativem Vorgehen angefallen wären. Mit einem kurzen Fazit beende ich die vorliegende schriftliche Ausarbeitung.

2 Daten und Fakten zur Deponie

2.1 Ausdehnung

Das Deponiegelände umfaßt 68Ha¹, das nördlich von der Dhünn, westlich vom Rhein und südlich vom Bayer-Werk Leverkusen begrenzt wird. Aus untenstehender Abbildung 1, auf der die Zeitmarken der unterschiedlichen Befüllungen deutlich werden, geht auch hervor, dass die Autobahn A 1 sowie die Anschlußstelle A 1 / A 59 quer durch das Deponiegelände gebaut sind.

Im Boden liegen rund 5,5 Millionen m³ Bauschutt, 1,1 Millionen m³ hausmüllähnliche Abfälle sowie rund 900.000 m³ Chemieproduktionsreste.

Die Aufschüttungen haben eine Dicke von bis zu 20 m.²

¹ Die Angaben schwanken, 68Ha sind es lt. KStA, 21.02.1992, „Dhünn-Aue ein zweites Bitterfeld?“, Der Spiegel 13/1992, „Bitterfeld am Rhein“, S. 80; taz, 23.03.1992, „Tödliches Chemiegrab in Leverkusen“; Kölnische Rundschau, 30.06.1992, „Problem verharmlost? Heftiger Streit um Altlast in der Dhünnaue“

² vgl. KStA, 18.03.2004, „Blühende Müll-Landschaften“

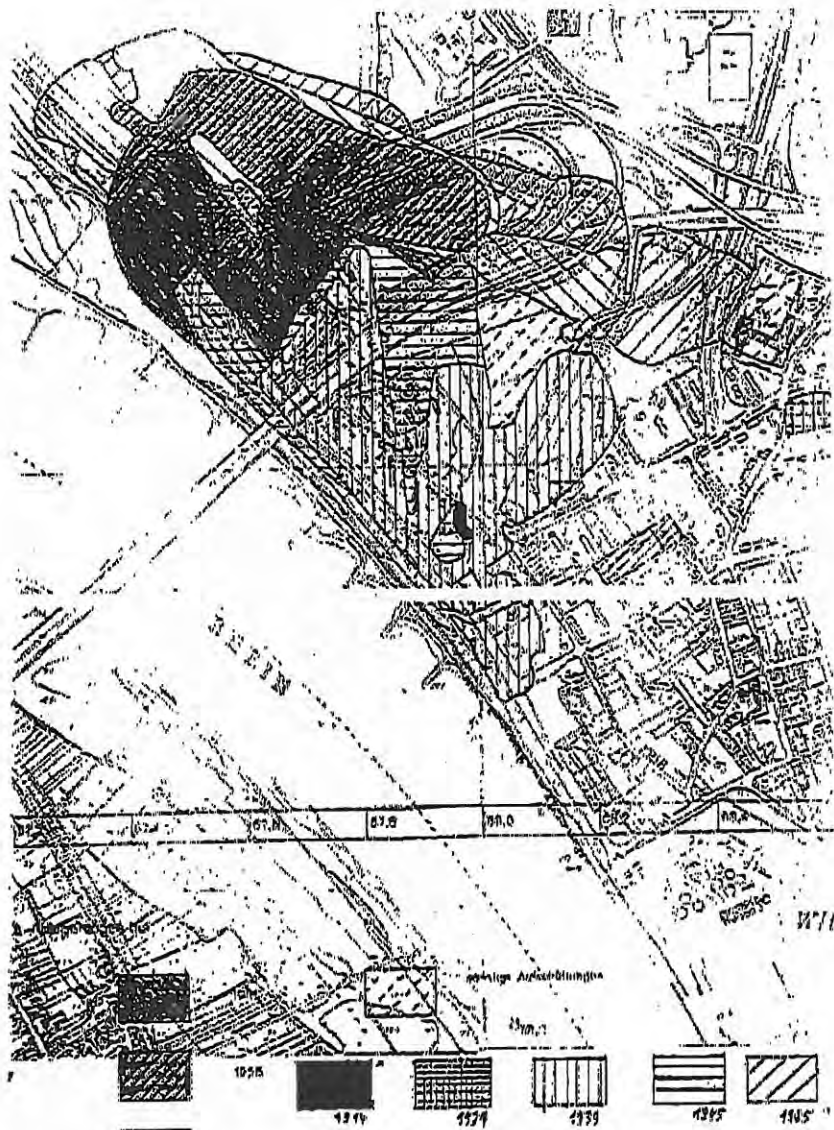


Abb. 1: Lageplan Dhinnaue und Zeitmarken der Befüllung

2.2 Inhaltsstoffe

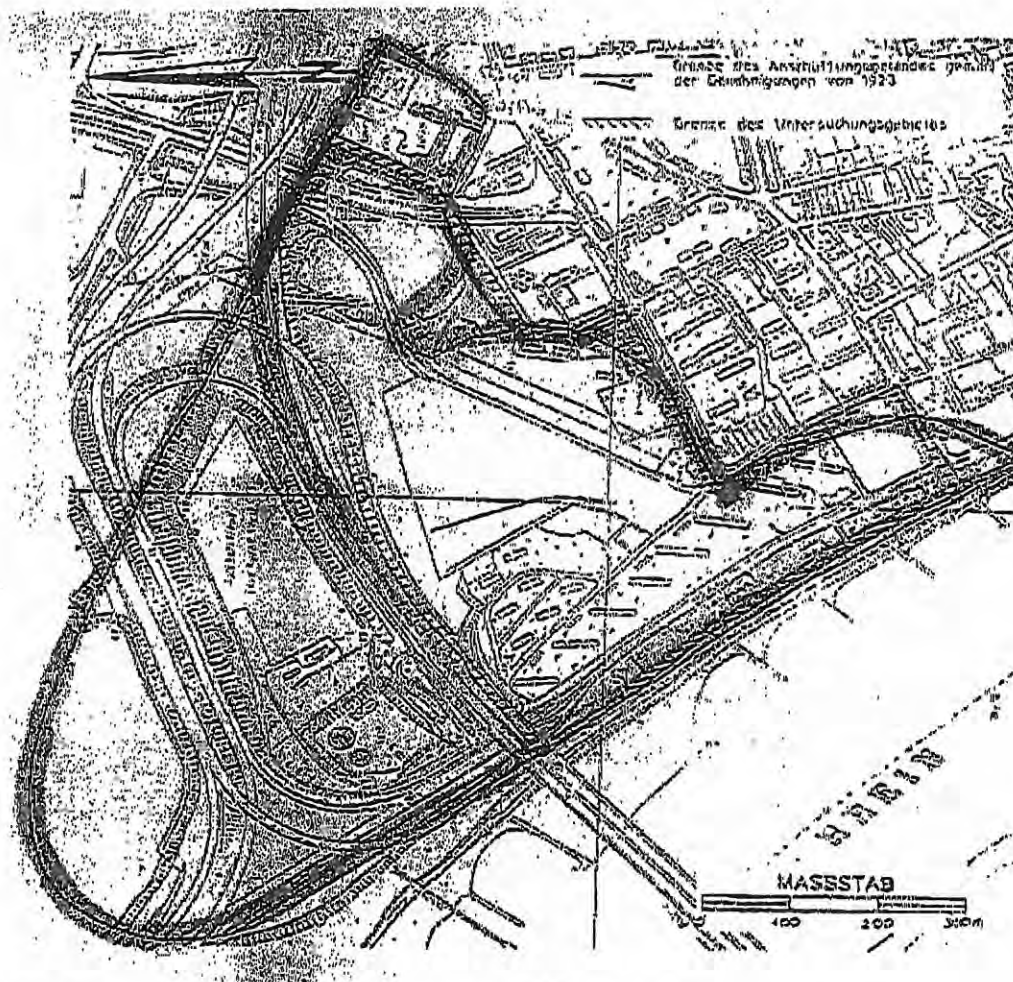


Abb. 2: Lageplan Deponie (blau) und untersuchtes Gebiet (orange)

Im Bericht zur Gefährdungsabschätzung wird immer wieder betont, wie schwierig und begrenzt eine Bewertung der Giftigkeit ist, da eine stofforientierte Bewertung bspw. ökotoxikologische Aspekte und mögliche Wechselwirkungen nicht berücksichtigt, und auch der Kenntnisstand bei bekannten Stoffen sehr unterschiedlich ist.³ Somit ist eine sachgerechte Analyse nahezu unmöglich.⁴

Es gibt unterschiedliche Analyseverfahren. Schwermetalle sind relativ leicht zu bestimmen, sowohl qualitativ (was ist in der Probe enthalten) als auch quantitativ (wieviel ist wovon enthalten).

³ vgl. LT-NRW-Drucks. 11/3184, S. 6

⁴ „Berücksichtigt man, dass es 100.116 Chemikalien nach der Altstoffverordnung mit je ca 4-5 Nebensstoffen gibt und ca 60.000 davon in größeren Mengen im Handel sind, ist es kaum vorstellbar, dass es in der EG nur für ca 3.000 Stoffe Analyseverfahren gibt.“ Zitat aus der Gefährdungsabschätzung des Ingenieurbüros Björnson

Hierbei ergab sich folgendes Bild, wobei ich zur Verdeutlichung die Grenzwerte der Abfallklärschlammverordnung mit aufgetragen habe:

Schwermetalle [mg/kg]

	max. Gehalt Mischproben	max. Gehalt Pickproben	Grenzwerte Abfall- KlärschlammVO
Deponie- „Hauptkörper“	Arsen	480	650
	Blei	2.900	3.200
	Cadmium	420	250
	Chrom VI	7.750	22.000
	Quecksilber	36	60
	Nickel	390	980
Dhünnaue- Süd	Arsen	-	69.300
	Blei	-	170.600
	Quecksilber	-	1.100
	Chrom VI	-	45.200

Abb. 3: Schwermetalle in mg/kg (aus der Gefährdungsabschätzung, Björnßen)

Für Chlorbenzole wurden sogar Werte bis zu 45g/kg gemessen. Es wird eine erhebliche Belastung und damit auch ein erhebliches Gefährdungspotential erkennbar.

Ein anderes Analyseverfahren ist GC-MS. Dieses Verfahren ist vor allem für Kohlenwasserstoffe benutzbar. Der Nachteil jedoch besteht vor allem darin, dass man die Substanzen kennen muß, um sie zuordnen zu können. In der Analyse der Proben stieß man hierbei auf unüberwindbare Hindernisse, es gab eine Vielzahl an unbekannten Peaks.

Insgesamt konnten lediglich 57 verschiedene Stoffe bzw. Stoffgruppen identifiziert werden. Davon waren mehr als 20 krebserzeugend bzw. dessen verdächtig. Insbesondere gilt das für Chrom, Arsen, Benz-a-pyren, PCB's (polychlorierte Biphenyle) etc. Lediglich vier Substanzen konnten als „wenig giftig“, die meisten als „kanzerogen“ (krebserzeugend), und viele als „mäßig giftig“ eingestuft werden, wobei Quecksilber auch unter die letztgenannte Kategorie fällt.⁵

⁵ Chromat verursacht z.B. Lungenkrebs, Cadmium Nierenkrebs, Naphtylamin Blasenkrebs, Benzol Blutkrebs.

Aus den Daten wurden für die Bewertung diese Folgerungen gezogen:

- Belastungen mit Substanzen mit hoher toxischer Relevanz liegen vor
- In vielen Fällen haben Substanzen eine kanzerogene oder tumorprovozierende Wirkung.
- Es gibt für o.g. Substanzen nur selten Grenz- bzw Richtwerte.
- Die Proben waren häufig mit weiteren Substanzen belastet, deren Toxizität nicht bekannt ist aber möglicherweise gefährlich sind.
- Aufgrund dieser heterogenen Belastung ergibt sich ein hohes Potential an Wechselwirkungen zwischen den Stoffen, die nur in sehr geringen Umfang wissenschaftlich bekannt sind. Mit einer Mobilisierung von an sich stabilen Stoffen ist jedoch zu rechnen.
- Darüber hinaus liegen weitere, bis dahin nicht qualitativ nachgewiesene Stoffe vor, die möglicherweise ebenfalls toxisch relevant sind.⁶

3 Die Historie der Deponie / Altlast Dhünnaue

Am 10.01.1923 schloss die damalige Stadt Wiesdorf (heute ein Stadtteil von Leverkusen) einen Vertrag mit den Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co. AG (heutige Bayer AG). Die Stadt kaufte Grundstücke für einen Preis von 80.000 Mark von Bayer, um zukünftig einen Sport- und Spielplatz anzulegen. Als Gegenleistung gestattete die Stadt Bayer, gegen die Zahlung von einer Million Mark, das Gelände mit ihren Fabrik- und sonstigen Abfällen aufzuschütten. Dem Vertrag zufolge sollte abschließend eine 50 cm dicke Mutterbodenschicht zur Abdeckung aufgeschüttet werden.⁷ Die Stadt behielt sich das Recht vor, kostenlos die Deponie mitzunutzen. „Eine Haftung der Farbenfabriken für etwaige aus der Anschüttung sich ergebenden Rechtsansprüchen Dritter“ wurde „hiermit ausdrücklich ausgeschlossen“. Der Stadt ging es hierbei auch um die Aufschüttung einer

⁶ vgl. für das gesamte Kapitel 2.2: LT-NRW-Drucks. 11/3184, S. 6 f.; Stichwort Bayer, 4/91, S. 8 f.

⁷ vgl. KStA, 06.05.1992, „Gift bis in die Blätterspitzen“

Hochwassersicherung zum Rhein hin. Dämme gegen das Hochwasser wurden so errichtet, erweitert und erhöht.⁸

Bis in die 60er Jahre hinein wurde die Deponie von beiden Vertragspartnern genutzt. Chemieabfälle aller Art wurden täglich mit offenen Loren zur Deponie gefahren und verkippt. Die Lokomotive der Lorenbahn liegt ebenfalls im Deponiekörper.⁹

1952-53 wurden auf dem Deponiegelände Wohnungen von der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft errichtet, mit einer Fundamenttiefe von immerhin einem Meter. Diese Fundamentdicke war nicht nur wegen der Bodenbelastung notwendig, sondern auch weil der Deponiekörper nicht richtig verdichtet ist und (aufgrund der Reaktionen im Boden) immer wieder Sackungen auftreten. Die Gebäude am Haldenweg, mitten auf dem Deponie-Hauptkörper, konnten daher auch nur zweigeschossig gebaut werden (und zeigten trotzdem tiefe Risse), wohingegen die Häuser an der Rheinallée dreigeschossig waren. Bayer hatte aus Gründen der Statik eindringlich vor einer Bebauung gewarnt.¹⁰ Lange Zeit hatte man auch vergeblich versucht, in das Gelände zwischen den Wohnungen Wiesen einzusäen, jedoch wuchs kein Gras. Beim Wäschetrocknen auf dem Gelände zeigten sich überall grüne und gelbe Flecken, und ein penetranter Gestank hing in der Luft.¹¹

1960 fand der Bau der Tagesheimschule/-kindergarten Adolfstraße statt.¹²

1964 wurde die Rheinquerung (Rheinbrücke) der A 1 gebaut.

1972 wurde das Autobahnkreuz A 1/ A 59 gebaut. Zu diesem Zweck mußte auch wieder quer durch das Deponiegelände gefräst werden. Ingenieure beklagten damals, daß der Beton von den Substanzen quasi weggeätzt wurde, also sie große Probleme mit der Statik hatten und die Fundamente daher extra geschützt werden mußten.¹³ Arbeiter klagten über körperliche Beschwerden und Hautausschläge.¹⁴

⁸ vgl. KStA, „Eine Million kassiert“, 22.03.1991

⁹ vgl. LT-NRW-Drucks. 11/3184, S. 2; KStA, 9/10.03.1991, „Im bunten Matsch gespielt“

¹⁰ vgl. KStA, 28/29.03.1992 „Leverkusens Leiden an der giftigen Altlast“, Der Spiegel, 13/1992, „Bitterfeld am Rhein“, S. 84 f.

¹¹ vgl. KStA, 16.12.1987, „Und überall stank es“

¹² vgl. Der Spiegel, 13/1992, „Bitterfeld am Rhein“, S. 80

¹³ vgl. KStA, 15.10.1992, „Noch mehr Giftmüll“

¹⁴ vgl. KStA, 28/29.03.1992 „Leverkusens Leiden an der giftigen Altlast“, Bericht eines Gartenarbeiters; KStA, 15.10.1992, „Noch mehr Giftmüll“

Aus einem Bericht eines Studenten, der für die Gartenbaufirma Scheever die Bepflanzung der Hänge der Autobahntrasse vornahm, geht hervor, dass die Deponie zu dem Zeitpunkt noch offen war. Aufgrund der belastigenden Gerüche ging er der Quelle des Gestanks nach. Dabei stieß er auf einen „Chemiesee“, einen ca. 60m breiten und ca. 150m langen Tümpel, dessen Oberfläche in einer Farbskala von schmutzigem Gelb über Giftgrün, Braun, Rot, Blauschwarz bis Schwarz schillerte.

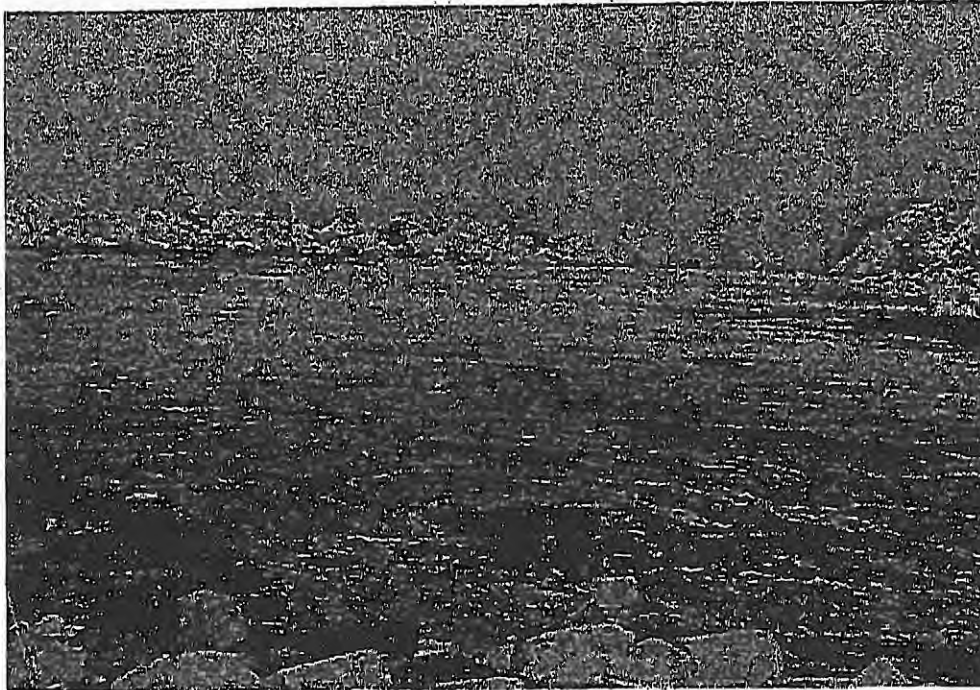


Abb. 4: Chemicsee auf dem Deponie-Hauptkörper

Kalkähnliche halbfeste Abfälle und Teere waren ebenso vorhanden, wie Phosphatabfälle (was er der Aufschrift von Papptonnen entnahm), desgleichen Farberstellungsabfälle und Medikamentenreste. Zudem fand er Sitzungsberichte, Warenangebote, Arbeitsberichte und -anleitungen, Produktionsdaten, Rechnungen u.ä.¹⁵

Über erhöhte Bronchitisfälle stellte in den 80ern ein Kinderarzt fest, dass speziell die Kinder der Schule bzw. des Kindergartens Adolfstraße betroffen sind. Bronchitis ist für Kinder eine ungewöhnliche Krankheit und ein Anzeichen für ein gestörtes Immunsystem.¹⁶

¹⁵ vgl. Bericht eines Gartenarbeiters

¹⁶ nach Detlef Stoller, fernmündlich am 28.06.2004

1985-86 wurde im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung für einen Bebauungsplan des Gebietes Dhünnauc-West ein Bodengutachten erstellt. Hierbei stellte sich eine hohe bis extreme Bodenbelastung heraus. Eine Belastung des Grundwassers wurde nachgewiesen, eine Gefährdung des Grundwasser konnte nicht ausgeschlossen werden, ebensowenig wie eine Kontamination von spielenden Kindern bzw. weidendem Vieh (Schafe). Desweiteren wurde festgestellt, dass die Deponiegifte bei mittlerem Rheinwasserstand ins Landesinnere geschwemmt und bei ablaufendem Rheinwasser in den Strom gesogen werden.¹⁷

Im Januar 1987 wurden aufgrund erhöhter Xylol-Werte die Kellerräume der Schule Adolfstraße geschlossen. Im Mai folgte eine Empfehlung der Einschränkung der Gartennutzung auf dem Deponiegelände, der Bebauungsplan wurde fallengelassen. Im September des Jahres wurde ein Spielverbot für Kinder auf den Wiesen erlassen, sowie im Dezember ein Begehungsverbot für alle unbefestigten Wege und Freiflächen. Ein geteilter Spielplatz sowie geteerte Wege wurden errichtet und „Feldhüter“ überwachten die Einhaltung der Betretungsverbote.¹⁸ In diesem Jahr hatten Anwohner, die nicht auf dem offiziellen Deponie-Gelände wohnten, Bodenfunde beim Umgraben des Gartens gemacht. Über die gelborange gefärbte Probe, die sie beim Amt abgaben, erhielten sie nie Auskunft, aber am nächsten Tag wurde der Garten abgesperrt und der Zutritt verboten. Erst nachdem sie aufgrund einer Klage gegen die Stadt Leverkusen Akteneinsicht erhalten hatten, fanden sie das Analyseergebnis: 750g/kg Chrom⁶⁺. Auf dem Analysezettel stand handschriftlich vermerkt, dass diese Ergebnisse erst nach Abschluss des Verfahrens offiziell bekannt gegeben werden dürften.¹⁹

1988 empfahlen Gutachter der Stadt Leverkusen die Verlegung der Schule/des Kindergartens Adolfstraße. Dieses Gutachten wurde von der Stadt nicht öffentlich gemacht. In diesem Jahr gab es auch das erste „Jahrhundert“-Rheinhochwasser, in dessen Verlauf Wasser bis in Augenhöhe in den Kellern der Anrainer gedrückt wurde. Mitarbeiter der Schule Adolfstraße hatten nach Betreten der Keller Kopfschmerzen und Nasenbluten.²⁰ Dioxinfunde wurden bekannt. Die stadteneigene

¹⁷ vgl. Der Spiegel, 13/1992, „Bitterfeld am Rhein“, S. 85; Stichwort Bayer, 2/90, S. 10

¹⁸ vgl. für 1987: LT-NRW-Drucks. 11/3184, S. 2

¹⁹ nach Detlef Stoller, fernmündlich am 28.06.2004

²⁰ vgl. Stichwort Bayer, 2/90, S. 11

Wohnungsbaugesellschaft GSG vermietete leerstehende Wohnungen auf der Deponie und verlangte von diesen Mietern die Abgabe von Erklärungen, dass keine Ansprüche an die GSG wegen eventueller gesundheitlichen Schädigungen gestellt werden könnten. 21 Leverkusener Ärzte forderten im März die Umsiedlung der Deponiebewohner aus medizinischen Gründen.²¹ Im April wurden die am stärksten belasteten Gebiete durch die Stadt umzäunt. Im Mai beschloß der Stadtrat Umzugshilfen von bis zu 3000.-DM. Eine epidemiologische Studie, durchgeführt von Prof. Dr. Einbrodt der TH Aachen lief im Juni an, in ihr wurden ca 800 Menschen einschließlich Vergleichsgruppe untersucht. Im September schließlich wurden die ersten Häuser am Haldenweg, also mitten auf dem Deponiekern, unter Berieselung abgerissen.²²

In dem Gutachten von Prof. Dr. Einbrodt wurde im Januar 1989 festgestellt, dass bei 25% der untersuchten Schüler auffällige Veränderungen in Blut und Urin vorlagen. Das Blut enthielt u.a. Cadmium, in Urin konnte Cadmium, Arsen, Chrom, Trichloressigsäure sowie Phenol nachgewiesen werden. Bei einer Nachuntersuchung, die mit einer wesentlich kleineren Gruppe nur von Kindern durchgeführt wurde, zeigten noch 16% einen deutlich veränderten Befund. Eine Untersuchung von Fettgewebe, die noch mehr Aufschluß gegeben hätte, war nicht möglich gewesen, da die untersuchten Bürger über diese Möglichkeit von der Stadt Leverkusen nicht informiert worden waren. Diese Veränderungen im Blutbild bedeuten nach Auskunft der Mediziner eine permanente Immunschwäche.²³ Laut dem Umweltdezernenten der Stadt, Koch, seien solche Befunde bei industrienahe Wohnen normal. Eine Verlegung der Schule wurde im Februar von der Stadt abgelehnt, obwohl der Gutachter dies dringend empfahl.²⁴ Auch der Amtsarzt hatte darauf seit 1987 immer wieder gedrängt, durfte jedoch nicht die Informationen an die Öffentlichkeit geben.²⁵

²¹ vgl. KStA, 21.02.1992, „Dhünnaue ein zweites Bitterfeld?“

²² vgl. für 1988: LT-NRW-Drucks. 11/3184, S. 3

²³ vgl. Plenarprotokoll NRW 11/66, 04.06.1992, S. 8185 f.; Plenarprotokoll NRW 11/55, 20.02.1992, S. 6682 f.

²⁴ vgl. taz, 23.03.1992, „Tödliches Chemiegrab in Leverkusen“; KStA, 17.12.1991, „Gespräch mit Gutachter“

²⁵ vgl. KStA, 9/10.11.1991, „Alle haben es gewußt“

Ein Bewohner des Haldenweges gab eine gelbliche Kellerbodenprobe zur Analyse ab, die 22g/kg Cr^{6+} enthielt. daraufhin wurden die Keller der Haldenweghäuser verschlossen, und der Haldenweg eine Woche später abgesiedelt. Bei der Stadt wurde eine Nachrichtensperre verhängt. Die Häuser wurden im Mai unter aufwendigen Sicherungsmaßnahmen wie Berieselung, Schutzkleidung und Dekontaminationsduschen abgerissen. Anschließend wurde das Gebiet mit Asphalt befestigt und ein großer Spielplatz angelegt. Im Juni kam in der abschließenden Gefahreinschätzung zum Ausdruck, dass eine sachgerechte Analyse nicht möglich ist, eine Nutzung des Grundwassers aber in jedem Fall auszuschließen ist. Immerhin flossen jährlich rund 700.000 m³ kontaminiertes Wasser in den Rhein. Im Juli begann die Beprobung des Gebietes Dhünnaue-Süd. Bayer versprach im September aufgrund des öffentlichen Drucks den Bau einer Spundwand, also einer Grundwassersperre.²⁶ Allerdings kam diese Zusage einer Umspundung auch aufgrund der Auflage vom Regierungspräsidenten Kölns, Antwerpes, sowie des Staatlichen Amtes für Wasserwirtschaft, da andernfalls eine komplette Deponieeinstellung der aktiven Sondermülldeponie hätte erfolgen können.²⁷

1990 gab der damalige Werksleiter Rosahl in einem Interview mit dem WDR zu, dass man schon lange bei Bayer um die Grundwasserverunreinigung wußte. Daraufhin nahm die Staatsanwaltschaft Köln die Ermittlungen wegen Gewässerverschmutzung auf. Herr Rosahl wurde frühpensioniert.²⁸ Im Dezember gaben Anwohner des Randgebiets der Dhünnaue-Süd gelbe Klumpen, die bei Gartenarbeiten gefunden worden waren, zur Analyse ab. Nachgewiesen wurden 45g/kg Cr^{6+} .²⁹

1991 beschloss die Stadt Leverkusen, dass auch das Gebiet Dhünnaue-Süd eine Altlastenverdachtsfläche ist. Anwohner machten im März zusammen mit der Presse Probegrabungen im Garten und förderten Chemiemüll zutage. Daraufhin wurde das Grundstück eingezäunt und die Bewohner der Dhünnaue-Süd darüber informiert, dass auch sie auf einer Altlast wohnen. Die Gartennutzung wurde ver-

²⁶ vgl. für 1989 LT-NRW-Drucks. 11/3184, S. 3 f.

²⁷ vgl. KStA, 22.12.1989, „Die Altlast abschotten“; LT-NRW-Drucks. 11/3740, S. 5

²⁸ vgl. Stichwort Bayer, 2/92, S. 19

²⁹ vgl. für 1990: LT-NRW-Drucks. 11/3184, S. 4

boten.³⁰ Das Leben auf der Deponie wurde von der Stadt allerdings als tolerierbar eingestuft. Im September wurden fünfzehn Krebserkrankungen in der Adolfstraße unter Lehrern sowie zwei Schülern bekannt. Davon waren bereits fünf Personen verstorben. Der statistische Durchschnitt liegt üblicherweise bei drei bis vier solchen Erkrankungen. Die Stadt teilte in einer Presseerklärung mit, dass sie keine Veranlassung sähe, den Standort Adolfstraße in Frage zu stellen.³¹

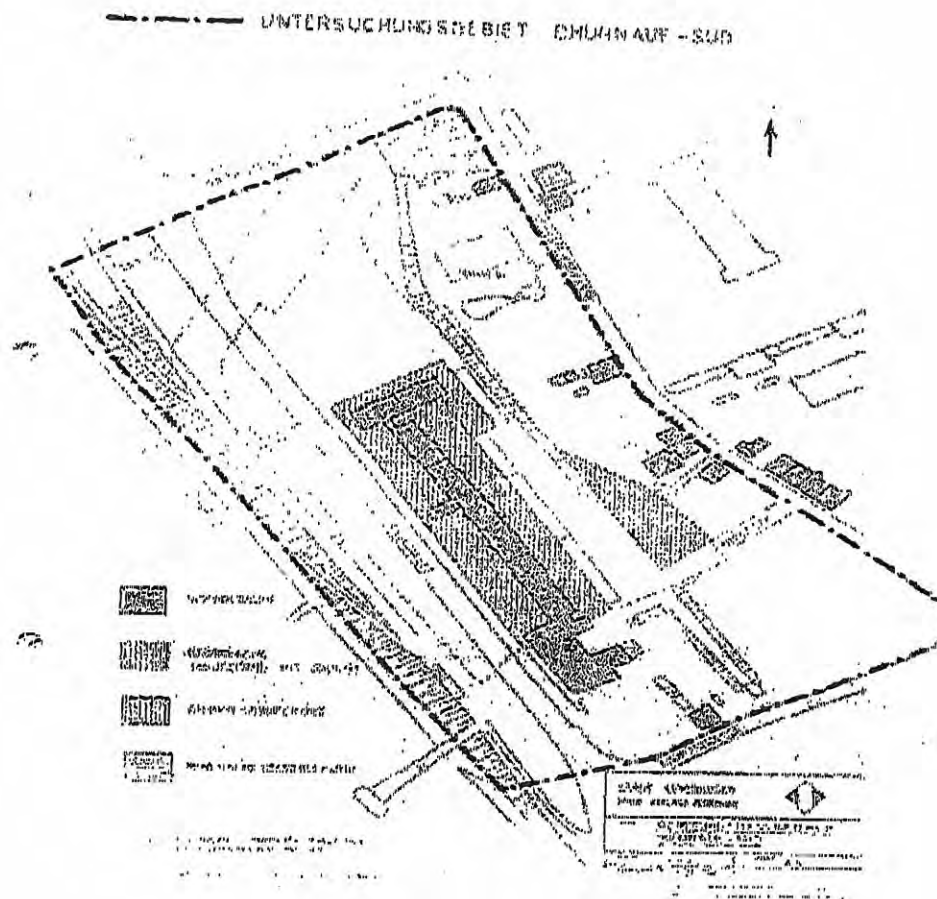


Abb. 5: Lageplan des Untersuchungsgebiets Döhnnaue-Süd

Im Februar 1992 legte die Stadt Leverkusen ihren Umweltbericht vor. Hierin kam sie zu dem Ergebnis, dass aufgrund der Altlast keine akute Gefährdung für die Anwohner vorläge, eine chronische Gefährdung jedoch nicht ausgeschlossen wer-

³⁰ vgl. KStA, 05.03.1991, „Das große Rätsel“ sowie „Und wieder neuen Giftmüll entdeckt“; KStA, 1/2.02.1992, „Arsen und Barium als Gartenfrüchte“

³¹ vgl. ftr 1991; LT-NRW-Drucks. 11/3184, S. 5 f.

den könne. Im gleichen Monat nahm die Staatsanwaltschaft Köln die Ermittlungen gegen Verantwortliche der Bayer AG sowie der Stadt Leverkusen auf wegen Verdacht auf Körperverletzung und fahrlässiger Tötung an Lehrern, Schülern und Reinigungskräften.³² Im Landtag forderte die Partei Die Grünen die Landesregierung auf in Leverkusen einzugreifen, da „die Auseinandersetzung um die Bewertung der Altlast sowie den notwendigen Maßnahmen zur Risikoabwendung zu einem Fortsetzungs-drama ohne Ende“ zu werden drohten. Die Partei stellte in ihrem Antrag fest, dass

- in der sich bereits fünf Jahre dauernden Auseinandersetzung immer wieder es Verschleierungen und Verharmlosungen der Gesundheitsgefährdung gab,
- immer wieder versucht wurde, den Zugang zu Informationen über Untersuchungsergebnisse zu erhindern, und bis dato den Betroffenen es nicht gelungen ist, umfassende Daten zu erlangen,
- immer noch Unklarheit über die tatsächliche Ausdehnung, die Zusammensetzung und die Gefährlichkeit bestehe, etc.³³

Der Landtag wies diesen Antrag zurück.

In einer Pressemitteilung der Stadt Leverkusen teilte diese mit, dass das Gebiet Dhünnaue-Süd mittlerweile untersucht sei und der Boden/Mensch-Kontakt durch Aufschüttung einer 40 cm dicken Schicht von Mutterboden ausgeschlossen sei. Desweiteren sei nach der Untersuchung der 800 Personen aus dem Ergebnis ein Zusammenhang der Blutbildveränderungen mit dem Leben auf der Deponie weder darzustellen noch zu widerlegen.³⁴

Bayer teilte im März 1992 mit, dass sie - im Gegensatz zur Zusage des damaligen Werksleiters Rosahl - aufgrund felsigen Untergrunds doch keine Vollumspundung

³² vgl. KStA, 28/29.03.1992, „Leverkusens Leiden an der giftigen Altlast“; KStA, 24.03.1992, „Was ist sicherer?“

³³ vgl. LT-NRW-Drucks. 11/3184, S. 2, 8

³⁴ vgl. Pressemitteilung Stadt Leverkusen, 23.03.1992, S. 2 f.; KStA, 27.02.1992, „Bitterfeld-Vergleich unpassend“; Stichwort Bayer, 4/91, S. 9

plant, sondern lediglich eine Abdichtung der Oberfläche, sowie eine Teilumspundung.³⁵

Das Thema Dhünnaue wurde im März 1992 auch im Magazin „Der Spiegel“ aufgegriffen. Zusätzlich zu den bereits vorliegenden Daten hatte man noch Kratzproben von den Wänden der Keller der Häuser auf der Altlast entnommen und festgestellt, dass die Deponie die Gifte gleichsam ausschwitzt. Ebenfalls wurde veröffentlicht, dass die Luft oberhalb von unbebauten Flächen z.B. mit Benzol hochbelastet ist, und hohe Konzentrationen von Schwermetallen im Laub der Bäume und Sträucher auf der Altlast vorliegen.³⁶ Bayer reagierte prompt mit einer Wiederzusage für die Spundwand sowie der Vorstellung eines Vorschlags, wie das Grundwasser abgepumpt werden solle.³⁷

Im Mai 1992 wurde bekannt, dass Chrom⁶⁺ vielfach praktisch pur ausgetreten ist.³⁸

Das Ingenieurbüro Björnsen schlug im gleichen Monat zur Sicherung der Altlast vor, diese mit vier Schichten wasserundurchlässigem Ton á 25cm, einer 2,5mm dicken Folie, die gegen fast alle Substanzen widerstandsfähig sein soll, sowie anschließend einer Erdaufschüttung abzudecken.³⁹

Ebenfalls im Mai wurde die zunächst abgesagte Verlagerung der Schule Adolfstraße in die Görresstraße (im Stadtteil Bürrig, der einige km entfernt ist) doch von der Stadt Leverkusen beschlossen. Abgesagt worden war die Verlagerung ursprünglich, da man auch am neuen Standort Giftfunde vorliegen hatte. Der Kontakt damit solle jedoch durch Asphaltierung der Wege unterbleiben.⁴⁰ Der weiteren Nutzung des Gebäudes stünde jedoch nichts im Wege, nur eben nicht für Kinder, so der Umweltdezernent Koch.⁴¹

³⁵ vgl. KStA, 28/29.03.1992, „Leverkusens Leiden an der giftigen Altlast“; KStA, 24.03.1992, „Was ist sicherer?“

³⁶ vgl. Der Spiegel, 13/1992, „Bitterfeld am Rhein“, S. 84; KStA, 06.05.1992, „Gift bis in die Blätterspitzen“

³⁷ vgl. Bayer aktuell, 23.03.1992

³⁸ vgl. KStA, 06.05.1992, „Gift bis in die Blätterspitzen“

³⁹ vgl. KStA, 06.05.1992, „Gift bis in die Blätterspitzen“

⁴⁰ vgl. KStA, 25.08.1995, „Die Ernte ist im Jahr 2000“; KStA, 06.05.1992, „Gift unter der Decke“; KStA, 31.03.1992, „Boden stark belastet“

⁴¹ vgl. KStA, 16.06.1992, „Nur für Kinder nicht geeignet“

Nachdem im Mai die Dhünnaue leergezogen war wurde die Siedlung unter Berieselung abgerissen.⁴²

Im Juli 1992 wurde bekannt, dass die Abdichtung entgegen der Empfehlung um 40% verringert werde.⁴³ Bayer rang um jeden cm Ton, und wollte statt der vier Schichten á 25 cm nur drei Schichten á 20 cm.⁴⁴ Begründet wurde dies mit den hohen Kosten i.H.v. 10 Mio DM pro Schicht.⁴⁵ In einer Ratssitzung wurde darüber informiert, dass die Lebensdauer der Folie unbekannt sei, sie aber die nächsten 50 Jahre halten solle. Jedoch konnte keine Prognose über die Korrosionsbeständigkeit der Spundwände abgegeben werden.⁴⁶ Zahlreiche Behörden bis hin zum Bundesumweltamt hatten bestätigt, dass es keine realistische Möglichkeit zur Beseitigung der Altlast gebe, so dass die „Mumifizierung“ die beste Möglichkeit sei.⁴⁷ In einem internen Papier forderte der SPD-Ratsherr Meinigke die schnelle Einkapselung der Altlast, um auf weitere Untersuchungen der Gefährlichkeit der Deponie verzichten zu können, da andernfalls dies getan werden müsse.⁴⁸

In den folgenden Jahren wurde bis 2000 die Abdichtung gebaut.⁴⁹ Eine 3,6 km lange, bis zu 40 m tiefe Spundwand hin zum Rhein dient als Grundwassersperre. Zwei Brunnenreihen pumpen das einströmende Grundwasser bzw. das kontaminierte, durch die Deponie geflossene Wasser ab. Das Grundwasser wird direkt in den Rhein geleitet, das kontaminierte Wasser in die Bayer-Kläranlage. Es handelt sich hierbei um erhebliche Mengen: 750m³ pro Stunde.⁵⁰

Von 2001 bis 2003 wurden 500.000m³ Erde auf den versiegelten Deponiekörper aufgeschüttet, seit 2003 wird das Gelände für die Landesgartenschau in 2005 bepflanzt und gestaltet. Die Ausschreibung dafür gab vor, dass tiefwurzelnde Bäume

⁴² vgl. KStA, 21.05.1992, „Die Dhünnaue wird geräumt“

⁴³ vgl. KStA, 11/12.07.1992, „Erst einmal beobachten“

⁴⁴ vgl. KStA, 18/19.07.1992, „Die Last mit der Altlast“

⁴⁵ vgl. KStA, 06.05.1992, „Gift bis in die Blätterspitzen“

⁴⁶ vgl. KStA, 01.07.1992, „Altlast Dhünnaue: Krankheit ist nicht zu heilen“; KStA, 27.03.1992, „Abenteuer auf der Deponie“

⁴⁷ vgl. KStA, 14.07.1992, „Kein Rheinpark - was nun?“

⁴⁸ vgl. KStA, 18/19.07.1992, „Park ja, aber ohne Luxus“

⁴⁹ vgl. KStA, 11.03.1992, „Wie soll umgebaut werden?“

⁵⁰ vgl. KStA, 14.08.1997, „Am Rheinufer geht's bergauf“

sowie große Wasserflächen als gestalterisches Element nicht gestattet sind.⁵¹ Auf Bedenken bezüglich der Statik, also was durch die Auflast von 500.000m³ Erde sowie der Versiegelung mit der Versiegelung bei einem Absacken des Bodens geschieht, wurde nicht eingegangen.⁵²

4 Kostengegenüberstellung

Nachdem die Stadt Leverkusen der Firma Bayer die Sanierung quasi überlassen hatte, wurde von Bayer ein Controlling-Büro eingerichtet. Dem Ingenieurbüro Björnsen, welches ursprünglich mit der Planung beauftragt war und auch Vorschläge vorgelegt hatte, wurde der Auftrag entzogen und einem anderen übertragen.⁵³

So wurden letztlich 110 Mio € in der Sicherung mit Folie, drei Tonschichten und Asphalt verbaut.

Bei einer wirklichen Sanierung, also Auskoffern und Abtransport oder vor Ort verbrennen, hätten sich laut einer Schätzung die Kosten auf mindestens 4,5 Mrd DM belaufen. Hierbei war mit einzuberechnen

- die Sicherungsmaßnahmen beim Auskoffern, also das Arbeiten unter leichtem Unterdruck, Berieselung gegen Staubeentwicklung, Zuschläge für Vollschutzanzugszeiten etc
- die Verbrennungskosten / alternativ Transportkosten zu einer anderen Deponie
- die Lagerungskosten des verbrannten Ausgekofferten
- Löhne und Gehälter (einschließlich Sonntags- und Nachtzuschlägen) für fünf Jahre rund-um-die-Uhr-Auskoffern etc.

Das Auskoffern lediglich des Gebietes Dhünnaue Mitte (Nordgrenze wäre die Autobahn, 3 Mio Tonnen verseuchter Boden), würde fünf Jahre dauern. 75.000 Fahrten müßten mit 40-Tonner-Schwertransporten dazu durchgeführt werden. Für

⁵¹ vgl. Stichwort Bayer, 3/03

⁵² vgl. KStA, 11.03.1993, „Die drei Hügel im Rheinpark“; KStA, 24.03.1993, „Sanierung muß auf solide Füße“; KStA, 11/12.07.1992, „Erst einmal beobachten“

⁵³ vgl. KStA, 29.06.1993, „Ein Freibrief für die Bayer AG“

die Anlage einer eigenen Deponie veranschlagte man einen Zeitraum von 10 Jahren, hatte außerdem nur eine vage Vorstellung der Kosten: mehrere Milliarden DM.

Ein Bodenwaschverfahren würde ebenfalls vier bis fünf Mrd DM kosten, allerdings gute 40 Jahre dauern.

Die Verbrennung der belasteten Erde würde rund 33 Jahre dauern. Die Kosteneinschätzung belief sich auch hier auf mindestens 4,5 Mrd DM.

Zudem liegen im Gebiet Dhünnaue-Nord weitere 3,5 Mio Tonnen verseuchter Erde.⁵⁴

Die sogenannte Billiglösung ist also wirtschaftlich gut nachvollziehbar. Der Steuerzahler hatte, in Form von Stadt Leverkusen und Land Nordrhein-Westfalen, davon gute 25% übernommen.⁵⁵

5 Fazit

In Leverkusen wurde ein nicht unbekanntes Phänomen öffentlich. Chemiefirmen auf der ganzen Welt haben ihre Altlasten gerne vor der Haustür entsorgt und tun es noch. Das, was mich bei der Recherche am meisten schockierte jedoch war, dass man nicht von einem Unrechtsbewusstsein ausgehen kann. Bis heute werden Opfern, die auf Deponien leben, ihre Schädigungen nicht als ursächlich mit der Deponie in Zusammenhang stehend anerkannt. Das macht einen Klageweg zumindest für Entschädigung fast unerreichbar, da Gutachter für und gegen beauftragt werden bzw. begutachten und die für Familien, die weniger Geld zur Verfügung haben als Konzerne, letztlich unerschwinglich sind.

Die Firma Bayer wusste, als sie ihre Verträge mit der Stadt machte, sehr genau, was sie abkippen würde. Und sie ließ zu, dass darauf Wohnungen etc gebaut wurden, dass Anwohner vergiftetes Gemüse in ihrem Garten zogen und es verspeisten.

Das Schweigen der Bürger in Leverkusen spricht für sich. Niemand möchte sich mit seinem Arbeitgeber oder gar auch noch Wohnungsgeber anlegen, selbst die

⁵⁴ vgl. für das gesamte Kapitel 4: KStA, 08.07.1992, „Erst sichern, dann sanieren?“

⁵⁵ vgl. KStA, 16.09.1994, „Sanierung der Altlast Dhünnaue“

Stadt nicht mit ihrem größten Steuerzahler. In einem in den 90ern gedrehtem Beitrag des WDRs hieß es beispielsweise von einem Rentner „....Wenn's bei Bayer stinkt, dann geht es der Stadt gut - und damit uns“. Auch in einem Leserbrief im Kölner Stadtanzeiger/Leverkusener Anzeiger vom 23.7.1992 von Adolf Horst kam eine ähnliche Ansicht deutlich zum Ausdruck.

Das Schweigen von der Justiz hingegen kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Mut machte während der Recherche zu lesen, dass es in Leverkusen vor 12 Jahren Ratsmitglieder gab, die -zwar als CDU und Grüne damals in der Opposition- sich nicht mit einer einfachen Sicherung der Altlast zufrieden geben wollten, sondern auf jeden Fall früher oder später die gesamte Dhünnaue auskoffern wollten. Sie wollten dieses Problem nicht ihren Kindern und Enkeln überlassen. Ob heute, nachdem die CDU in Leverkusen die Mehrheit stellt, sie die gleiche Meinung vertritt, ist eine andere Frage...

Quellen

- Bayer aktuell, 25.03.1992, „Stellungnahme zum Bericht des Magazins „Der Spiegel“; Bayer und Stadt Leverkusen treiben Sanierung der Altlast Dhünnaue voran“ (zitiert als: Bayer aktuell, 23.03.1992)
- Bericht eines Gartenarbeiters aus dem Jahr 1972 über die offene Altlast (zitiert als: Bericht eines Gartenarbeiters)
- Der Spiegel, 13/1992, S. 80-85
- die tageszeitung, 23.03.1992 (zitiert als: taz, 23.03.1992)
- Kölner Stadt-Anzeiger / Leverkusener Anzeiger (zitiert als: KstA)
- Kölnische Rundschau / Leverkusener Rundschau, 30.06.1992
- Landtags-Drucksache Nordrhein-Westfalen 11/3184: Antrag der Fraktion Die Grünen „Eingreifen der Landesregierung bei der Altlast „Dhünnaue“ in Leverkusen dringend erforderlich!“ , 12.02.1992 (zitiert als: LT-NRW-Drucks. 11/3184)
- Landtags-Drucksache Nordrhein-Westfalen 11/3740: Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung, 13.05.1992 (zitiert als: LT-NRW-Drucks. 11/3740)
- Plenarprotokoll NRW 11/55, 20.02.1992
- Plenarprotokoll NRW 11/66, 04.06.1992
- Pressemitteilung der Stadt Leverkusen, 23.03.1992, „Stadt Leverkusen zur Altlast Dhünnaue: Probleme im Griff“ (zitiert als: Pressemitteilung Stadt Leverkusen, 23.03.1992)